

Schleswig hat jetzt einen direkten Draht nach Brüssel

„Europa hat für den Landesteil Schleswig einen besonderen Stellenwert – sei es durch die Verbindung nach Dänemark, die Interreg-Kulisse oder die Aktiv-Region. Ich halte es deshalb für besonders schön, die Idee eines gemeinsamen Europas mit einem Europa-Büro in Schleswig sichtbar zu machen. Damit hat Schleswig einen direkten Draht nach Brüssel.“

Mit diesen Worten dankte der CDU-Kreisvorsitzende MdL Johannes Callsen dem Europaabgeordneten Niclas Herbst für seine Initiative, in der Schleswiger CDU-Kreisgeschäftsstelle eine Dependence für Europafragen einzurichten. Zu der Einweihung gestern waren neben Europa-Ministerin Sabine Sütterlin-Waack und der Bundestagsabgeordneten Petra Nicolaisen auch MdL Andreas Hein sowie zahlreiche Vertreter der CDU-Kreistagsfraktion und der Europa-Union in den Lollfuß 60 gekommen.

Niclas Herbst, seit Mai CDU-Mitglied im Europaparlament in der EVP-Fraktion, griff den Faden von Callsen auf. „Wir befinden uns mit der Nähe zu Dänemark in einer besonderen Region“, so der Europaabgeordnete. „Deshalb ist mir das Regionalbüro hier in Schleswig wichtig. Es sichert zum einen den Austausch mit den Abgeordneten von Land und Bund, andererseits sind wir mit dem Büro psychisch da, um neben allen sozialen Medien auch direkt das Gespräch mit dem Bürger führen zu können. Der Kontakt und die Zusammenarbeit von allen politischen Ebenen ist aber auch bedeutsam, um große politische Themen, die die Region betreffen, in Brüssel voran zu bringen. So kämpfe ich im Moment dafür, dass auch deutsche Ostsee-Fischer Hilfen in Form von Abwrackprämien erhalten wie ihre Kollegen in Estland oder Litauen. Argumente dafür liefern mir die Abgeordneten vor Ort.“

Herbst berichtete auch aus seinen Erfahrungen in Brüssel. Das Europaparlament sei sehr heterogen; es gebe kaum Bündnisse und Abstimmungen verliefen oft knapp. Der rechts-außen-Block sei recht stark und bediene sich einer harten Sprache, an die man sich erst gewöhnen müsse. Ein schlechtes Vorzeichen, so Herbst, der eine ähnliche Entwicklung auch im Bundestag fürchte.

Foto: c: Andreas Hein